

18.03.2012

Windkraftanlagen: Vorbild Kastl im Landkreis Amberg-Sulzbach



Michael Doblinger und Gerhard Weiherer begleiteten am 17.03.2012 den Besuch der **BürgerWIND Bayerwald** aus dem Landkreis Regen nach Kastl in den Landkreis Amberg-Sulzbach. Der Besuch zeigte, wie eine Windkraftanlage unkompliziert und unproblematisch aufgestellt werden kann, wenn die Gemeinde die Initiative ergreift.

Seit 26. Januar 2012 produziert das Windrad der Leistungsklasse drei Megawatt bei einer Nabenhöhe von 140 Metern, einem Rotordurchmesser von 112 Metern und einer Flügellänge von 55 Metern Strom für 2 500 Haushalte. Damit spart die Gemeinde pro Jahr rund 5 650 Tonnen CO₂ ein, sagte Bürgermeister Stefan Braun sichtlich stolz. Die Anlage ist weltweit die dritte dieser Art mit Stahlrohrturm. Der Netzanschluss befindet sich in der Nachbargemeinde, benötigt wurde eine 5,6 Kilometer Kabeltrasse. Schatten, Eiswurf und Schall sind kein Thema. Die zwitschernden Vögel übertönten das Geräusch der Turbine. Die Anlage steht auf einer Höhe von ca. 570 Meter.

In Kastl hat sich eine Bürgerwindenergie GmbH & Co. KG gegründet mit 80 Gesellschaftern bei einem Einlagekapital von insgesamt 1,6 Millionen Euro. Den Rest von 4,3 Millionen Euro finanziert eine lokal verwurzelte Bank. Die Gewerbesteuer bleibt mit dem Sitz des Unternehmens in der Gemeinde Kastl. Zur Zeit läuft in Kastl nur diese Anlage. Die Zahl der Anlagen wird sich zusammen mit den Nachbargemeinden von Kastl bald auf 30 Anlagen erhöhen.

Der Bürgermeister erklärte, wie man eine Bürgerwindanlage zum Laufen bringt. Man habe mit der Planung schon im Jahr 2009 begonnen. Ziel war eine Bürgerwindanlage. Es habe keine geheimen Planungs- und Verwaltungsmanöver gegeben. Die Fakten lagen für die Bürger jeder Zeit auf den Tisch. Die Beschlüsse im Marktrat waren immer einstimmig für die Anlage.

Man einigte sich auf die Rechtsform der GmbH & Co. KG. Es wurden Anteilsscheine ausgegeben. Man wählte das Zwiebschalenmodell. Alle Gemeindebürger konnten sich bevorrechtigt als Teilhaber beteiligen. Dann kamen Bürger anderer Gemeinden. Stromkonzerne wie E.ON und Großkonzerne blieben ausgeschlossen. Alle Anteilseigner sind Eigentümer der Anlage entsprechend dem Wert ihrer Anteile.



Die Vorbereitung dauerte mit Windmessung und artenspezifischer Untersuchung bis Mitte 2011. Dann ging es schnell. Die Genehmigung durch das Landratsamt war unkompliziert. Innerhalb von 5 Monaten stand die Anlage. Der Bürgermeister bestritt zwar nicht, dass man auch wie im Landkreis Cham über die Ausweisung von Konzentrationszonen gehen kann. Er betonte aber, dass er als Bürgermeister für seine Gemeinde – übrigens lange vor Fukushima – die Initiative ergriffen

habe. Er ist überzeugt, dass das Wissen von Anlagebauern und die Ortskenntnis in seiner Gemeinde schneller zum Ziel geführt habe. Man habe nicht lange suchen müssen, der Standort war von vorneherein klar.

Konzentrationszonen beziehen sich übrigens auf den aktuellen Stand der Technik der Anlage. Weil ihre Technik rasch fortschreitet, kann es geschehen, dass nach wenigen Jahren die Ausweisung der Konzentrationszonen entsprechend dem Fortschreiten der Technik der Anlagen überholt ist. In diesem Fall kann gegen die Konzentrationszone geklagt werden. Die Planung für die ausgewiesene Konzentrationszone ist dann hinfällig. Dann muss wieder untersucht und Geld ausgegeben werden. Das kann den Gemeinden im Landkreis Cham passieren, die nicht sofort Anlagen in die Höhe bringen.

Es läuft dank der Initiative des Bürgermeisters und seiner Räte anders als im Landkreis Cham. Im Landkreis Amberg-Sulzbach ist ein deutlicher Erfolg sichtbar. Im Landkreis Cham stagniert die Entwicklung.

Gerhard Weiherer

Fotos: Michael Dobliger, Pemfling